

IX. Schweiz.

Februar. Streit der Eisenbahndirektionen und der Ange-
stellten.

Der Kampf dreht sich um Lohn- und Verwaltungsfragen. Bevor der für den 1. März angeordnete allgemeine Ausstand im Kraft tritt, wird der Konflikt am 29. Februar beigelegt durch Nachgeben der Direktionen, die den Lohn erhöhen und sich verpflichten, in die Kontrakte Bestimmungen gegen willkürliche Entlassungen aufzunehmen und Streitigkeiten nicht durch Schiedsgerichte sondern durch die ordentlichen Gerichte entscheiden zu lassen.

4. Februar. Schiedsrichteramt zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten.

Die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Nordamerika sind dahin übereingekommen, daß, wenn sie sich über die Wahl eines Schiedsrichters für die Entscheidung der auf die Behringsmeer-Frage bezüglichen Anstände nicht einigen können, der schweizerische Bundespräsident um die Bezeichnung des Schiedsrichters ersucht werden soll. Auf Ansuchen der beiden Regierungen ermächtigt der Bundesrat den Bundespräsidenten, falls die vorhergesehene Eventualität eintreten sollte, den Auftrag anzunehmen und den Schiedsrichter zu ernennen.

19. März. Der Nationalrat genehmigt das Gesetz über das Rechnungswesen der Eisenbahnen. Hierin wird die Ersetzung des in den Konzessionen festgesetzten Schiedsgerichts durch das Bundesgericht beschlossen. Annahme im Ständerat 26. März.

Februar. März. April. Streit im Offizierkorps.

Zwei höhere Offiziere, die Obersten Weuler und Wille, der Waffenschef der Kavallerie, nehmen ihren Abschied, weil der Bundesrat die von ihnen vorgeschlagenen Kandidaten bei Ernennung eines Brigadefourmandiers nicht berücksichtigt. Hierüber erhebt sich in der Presse heftiger Streit. Oberst Wille beschuldigt seinen Nachfolger den Oberst Markwalder der Untreuehaftigkeit. Mit Rücksicht hierauf verweigern die Brigade- und Regimentskommandeure in öffentlicher Kundgebung dem Obersten Markwalder Gehör-